

Für die Umwälzung in den Couloirs gilt nicht die Frage Monarchie oder Republik, wenn auch der Ausgewählte der Bourgeoisie als ein Privilegiertes der untergegangenen Staatsform, der Monarchie gilt. Jeder Staat, ganz gleich in welcher Form, unter welcher Flagge, befreit seine Politik nicht im Interesse einer Person, oder einer traditionellen Volksskategorie, wie sie die feudalistische Militärdiktatur darstellt, sondern im Sinne seiner Wirtschaftsverhältnisse, unter dem Druck der jeweiligen Wirtschaftsmacht. Diese Wirtschaftsmacht wird uns durch die Großindustrie verkörpert. Im Interesse der Großindustrie muß auch Hindenburg sein Amt annehmen.

Wenn die KPD, oder die SPD, die Frage so stellt, ob Republik oder Monarchie, oder die Frage mit der Erfüllung der Bedingung des Dawesabkommens in Verbindung bringt, so ist das ein klassisches Stück der Verdrummungspolitik dieser Organe, die nicht im Interesse des Klassenkampfes liegt, sondern jede klare Erkenntnis der politischen Wirklichkeit in den Arbeitermassen unterbindet. Es ist die opportunistische Politik dieser kleinbürgerlich reformistischen Organisationen.

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die Lohnsklaverei, wird nicht durch eine Staatsform bestimmt, sondern die wirtschaftliche Vormacht im Staat, in diesem Falle das Großkapital bestimmt die Art und Weise einer Staatsform, oder aber deren Politik. Die Regelung des Dawes-Plans hat sich ganz im Interesse der deutschen Großindustrie vollzogen. Die Investierung ausländischer Kapitalien in der deutschen Wirtschaft lag einerseits im Interesse des deutschen Wirtschaftsaufbaues, andererseits aber auch ganz im Sinne weltkapitalistischer Entwicklung. Eine Aufhebung des Dawes-Planes, so sehr er die Gläubigerstaaten in ihrer Wirtschaft, in ihrer Konkurrenzfähigkeit in Widerspruch verwickelt, würde eine Vergrößerung der deutschen Wirtschaftskrise mit einem vernichtenden Einfluß auf die Weltkrise bedeuten.

Der Dawes-Plan liegt ganz auf der Linie der Entwicklung der großkapitalistischen Wirtschaftskonzentration. Das Programm Hindenburgs ist das Wirtschaftsprogramm der deutschen Großindustrie, das der Deutschen Republik in ihrer politischen Entfaltung zu Grunde liegt. Die Republik vertritt nicht das Interesse der demokratischen Wähler, der großen Masse der hoffenden Arbeiter, sondern das der deutschen Kapitalistenklasse.

Wenn die SPD, die Parole Republik oder Monarchie herausgibt, so aus dem Grunde, um die Erkenntnis der „Republik“ gegen das Interesse der Arbeiterklasse, der verführten Massen, zu verhindern. Die Existenz der SPD hängt an der Republik, an den Ministerseelen, an dem parlamentarisch-demokratischen Wahlverweil. Nur in der Koalition kann sie diese Basis erweitern. Jeden klaren Klassenkampfgedanken muß sie unterdrücken.

Die KPD, gibt die gleiche Parole heraus, um als Massenpartei, nach den Befehlen der 3. Internationale, in den parlamentarisch erzeugten Massen Bodensatz zu gewinnen. In ihren Parolen Republik oder Monarchie, oder besser gesagt gegen den Präsidenten Hindenburg, und gegen den Dawes-Plan liegt aber auch die Wirtschaftspolitik des russischen Staates und seiner 3. Internationale begraben.

Die 3. Internationale will mit allen Mitteln das Programm der Großindustrie, durch den Präsidenten Hindenburg, unterbinden. Sie betreibt darum mit Deutschland durch die KPD, die national-republikanische Politik, die sich gegen den Dawesplan wendet. Dies lediglich, um im Interesse der russischen Wirtschaft die Konzentration der kapitalistischen Weltmächte zu verhindern. Es ist keine proletarische Politik, sondern illusionäre russische Staatspolitik. Die Frage Republik oder Monarchie lenkt das Proletariat von der Notwendigkeit des Kampfes, gegen den kapitalistischen Staat überhaupt, ab.

Der große Bauernkrieg vor 400 Jahren

1525—1525
In diesen Wochen gedenkt das revolutionäre Proletariat Deutschlands jener gewaltigen revolutionären Bewegung, die vor 400 Jahren die breiten Bauernmassen ganz Süd-, West- und Mitteldeutschlands erfüllt hatte, die wie keine andere Bewegung die Grundlagen der feudalen Gesellschaftsordnung erschütterte und nur durch die gemeinsame Gegenaktion der Fürsten, des Feudallandes und der ganzen Handelsbourgeoisie in Strömen von Blut erstickt wurde. Was hat uns diese große revolutionäre Bewegung heute zu sagen?

Vor 400 Jahren war wie heute eine entscheidende Zeitwende. Die damalige Gesellschaftsordnung, der Feudalismus, war in der Auflösung begriffen, und der Kapitalismus begann sich zu entwickeln. Diese Zeit war voll gewaltiger Kriege, erbitterter Klassenkämpfe, voll Revolutionen und Konterrevolutionen, es war eine Zeit der mächtigsten wirtschaftlichen, politischen und geistigen Umwälzungen. Genau wie heute versuchten damals die herrschenden Klassen ihre Privilegien und Herrschaftsmittel zur Anwendung brutalster Gewalt, Theuern und Verführung aufrechtzuerhalten, während die arbeitenden Massen nur langsam und unvollkommen die bittere Wahrheit begriffen, daß die Gewalt die Geburtsstufen jeder neuen Zeitepoche ist.

Mit dem festen Glauben an die „Republik“, d. h. an den Sieg Marx, schickte sie unter der Parole Arbeiterregierung als Opposition ihrer Kandidaten Thälmann ins Feld. Sie tat dies, um ihren scheinrevolutionären Charakter in ihrem republikanischen Sumpf rein zu halten. Nun, da der Sieg Hindenburgs einen Strich durch ihre Rechnung gemacht hat, und sie sich den parlamentarischen Massen gegenüber selbstverneinend geschlagen sieht, gilt es den Sumpf des Opportunismus noch zu vergrößern, um im Sumpf wieder Grund für den Anker zu finden.

Dies kann nur geschehen, wenn man dem allgemeinen Sumpf, in dem das Proletariat erstickt wird, wieder festigt. Darum wird die Illusion Arbeiter- und Bauernregierung fallen gelassen, um unter den SPD-Parolen, — die den weggenommenen Sesseln nachgehen, — gegen Monarchie, gegen Hindenburg, für die Republik, die Koalition mit der SPD, aufzubauen.

Die Einheitsfront marschiert.

Der Sieg Hindenburgs mußte im preußischen Landtags seinen Nachklang finden. Die Kandidatur Marx als Reichspräsident war gegen Braun als Ministerpräsident Preußens eingetauscht worden. Marx mußte leer abgehen, nun galt es das Pfand Braun wieder rückgängig zu machen. Braun steht vor der Wahl zu verschwinden, um der goldenen Mitte wieder Platz zu machen. Die Ehre der bürgerlich-demokratischen Koalition gilt es zu retten. Die KPD hat ihre Unterstützung für eine republikanische Regierung, gegen Hindenburg zugesagt. — Der Schlag Thälmann muß durch die goldene Koalition mit der SPD, wieder gut gemacht werden. Die Offene Brief-Taktik des abtrünnigen Brandler wird wieder aufgenommen.

Die „Rote Fahne“ vom 30. 4. schreibt auf der ersten Seite:

„Die Kommunistische Partei ist entschlossen, mit allen Mitteln den proletarischen Klassenkampf gegen monarchistische Gefahr und weitere Verdrummung zu fördern. Die Kommunistische Landtagsfraktion ist auch bereit, unter voller Wahrung ihrer grundsätzlichen Stellung zum bürgerlichen Staat und unter Aufrechterhaltung aller proletarischen Klassenforderungen, einer Regierung, die sich verpflichtet, die oben aufgeführten Minimalforderungen der Arbeiterklasse zu erfüllen, die Existenz zu ermöglichen und bei der Durchführung dieser Forderungen zu unterstützen.“

Dazu gibt der SPD-Führer Heilmann im Landtag am 29. April folgendes zu erkennen:

„Ihre Forderungen sind zum Teil aus unsrer, aber z. B. die Entzerrung der Höhenzollern ist von uns Reichsgesetz abhängig. Diese Forderungen sind eine Verhandlungsbedingung (Aha! und große Heiterkeit rechts). Die Sozialdemokratie ist jederzeit zur Verhandlung über eine tragfähige Regierung bereit, die Auflösung drängt sich auf, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind.“

Sie sind sich einig. — nun werden sie die Arbeiter-Verdrummung unter dem Zeichen der kapitalistischen Republik gegen Hindenburg gemeinsam aufnehmen, um dem Proletariat auf dem Weg seiner Befreiung neue schwere Steine aufzulegen.

Genossen! Haltet eure Zeitung hoch! Sammlt für den Poststempel!

gleichzeitig ihre Organisatoren und Nutznießer. Die Tatsache, daß jede bürgerliche Revolution mit der Niederwerfung und Unterdrückung der von der Bourgeoisie zuerst betriebenen und geradezu zum Kampfe gerufenen werktätigen Massen aufhörte, wird mit geradezu brutaler Deutlichkeit in dem großen Bauernkrieg von 1525 offenbart. Nicht das Proletariat, die Bauern waren damals die große entscheidende Masse des arbeitenden Volkes. Proletariat gab es erst wenige in den Städten, denn der Kapitalismus befand sich noch in den Kinderschuhen. Erst durch die Proletarisierung von Millionen von Bauern, durch ihre Verwandlung in Leiharbeiter, in gewerbliche Heimarbeiter, in vielen Gebieten durch ihre direkte Vertreibung von der Scholle, entstand die Masse der beschützlosen Proletariat, die dann auf Grund der Einführung der Maschinen und fortschreitender Arbeitsteilung zu industriellen Lohnarbeitern wurden.

Der große Bauernkrieg ist also eine Begleiterscheinung der bürgerlichen Revolution. Nur wenn man ihn im Zusammenhang mit der gesamten Umstellung der Wirtschaft auf Warenproduktion und Geldverkehr betrachtet, kann man seine historische Rolle begreifen. Dann begreift man auch warum der Bauernkrieg, durch den die bürgerliche Revolution des 15. Jahrhunderts auf Deutschland übertrug, Bauernkriege brachen elementar in allen Ländern, in denen der Feudalismus von der bürgerlichen Ordnung verdrängt wird. Bauernkriege von gewaltigem Ausmaß finden wir genau wie in Deutschland, aber bedeutend früher in Italien, Frankreich und in England, später in der östlichen Länder, weil dort der Kapitalismus sich zum Teil erst Hunderte von Jahren später durchsetzt. Alle diese Bauernkriege haben im wesentlichen dieselben Erscheinungen und werden im wesentlichen mit denselben brutalen Mitteln durch die mit dem Grundadel verbundene Bourgeoisie niedergeworfen. Die Bauernkriege sind elementare Erhebungen der arbeitenden Massen auf dem Lande, die sich zu solitären, nach ihrer Heilbarbeitung auf die Stufe leib eigener Zwangsarbeiter. Der noch unentwickelte Kapitalismus nämlich kann den Bauern noch nicht als freien Warenproduzenten seinen Wirtschaftssystem einräumen, sondern beharrt vorwiegend auf dem landwirtschaftlichen Zwangsarbeit der Bauern, so wie er in Nordamerika und anderen Kolonien auf der Sklavensklaverei der farbigen Bevölkerung sich aufbaut. Darum ist die Entstehung des Kapitalismus stets mit einer verächtlichen Ausbeutung am Knecht der Bauern, oder Bauernsklavensklaverei mit ihrer blutigen Niederwerfung verbunden.

Politische Rundschau

Das republikanische Kleinbürgertum schwächelnd vor Hindenburg

Bekanntlich hat die formale Demokratie entschieden und zwar so, daß Wilhelm erster Feldwebel Hindenburg ins Feld. Sie tat dies, um ihren scheinrevolutionären Charakter in ihrem republikanischen Sumpf rein zu halten. Nun, da der Sieg Hindenburgs einen Strich durch ihre Rechnung gemacht hat, und sie sich den parlamentarischen Massen gegenüber selbstverneinend geschlagen sieht, gilt es den Sumpf des Opportunismus noch zu vergrößern, um im Sumpf wieder Grund für den Anker zu finden.

„Not kennt kein Gebot“ vom 19. April gedacht hat

„Not kennt kein Gebot“ vom 19. April gedacht hat

„Not kennt kein Gebot“ vom 19. April gedacht hat

„Not kennt kein Gebot“ vom 19. April gedacht hat

„Not kennt kein Gebot“ vom 19. April gedacht hat

„Not kennt kein Gebot“ vom 19. April gedacht hat

„Not kennt kein Gebot“ vom 19. April gedacht hat

„Not kennt kein Gebot“ vom 19. April gedacht hat

„Not kennt kein Gebot“ vom 19. April gedacht hat

„Not kennt kein Gebot“ vom 19. April gedacht hat

„Not kennt kein Gebot“ vom 19. April gedacht hat

„Not kennt kein Gebot“ vom 19. April gedacht hat

„Not kennt kein Gebot“ vom 19. April gedacht hat

„Not kennt kein Gebot“ vom 19. April gedacht hat

blockkandidaten Hindenburg zu seinem Siege beglückwünscht. Er hat allerdings gerade seinem Gegner die Hände gefesselt und dabei erwähnt, daß er im umgekehrten Falle auch so gemacht hätte.

Der Sozialdemokrat Grzesinski — Hindenburgs Anbeter — Polizeipräsident von Berlin

Der „Vorwärts“ vom 30. April 1925, Morgenausgabe, bringt auf der ersten Seite folgende Notiz:

„Grzesinski Polizeipräsident von Berlin. Ernennung durch das Staatsministerium.“

Die preußische Regierung hat auf Vorschlag des Innenministeriums beschlossen, den Oberbürgermeister im preussischen Ministerium des Innern und preussischen Landtagsabgeordneten Grzesinski zum Polizeipräsidenten in Berlin zu ernennen. Die Ernennung ist inzwischen besiegelt worden. Grzesinski wird in wenigen Tagen das neue Amt antreten.

Der neue Berliner Polizeipräsident gehört schon seit vielen Jahren der Sozialdemokratischen Partei an. Er ist aus dem Arbeiterstand hervorgegangen. Im Jahre 1922 wurde Grzesinski Präsident des Landespolizeirats mit dem Titel Oberbürgermeister. Als Abgeordneter des Reichstages trat er 1919 in den Reichstag ein. Er ist ein ausgesprochenes Anbeter des Hindenburgs.

Die „J. A. Z.“, das Blatt der Süddeutschen, mit dem Renegaten Paul Lensch an der Spitze, nennt diese Ernennung „eine Provokation.“

Das ist natürlich Unsinn. Es ist diese Art eine gern angewandte Methode der weitsichtigen Politiker, um den Feind voranzutreiben, was sie doch für eine gute Interessenvertretung des kleinen Mannes antrug, ein, daß ein Teil des Betriebsgesetz zurück denken, als das gesamte Unternehmertum dagegen Sturm lief, nur, um das Gesetz als solches dem Proletariat schmackhaft zu machen. Und es schmeckt heute noch so großartig, daß es die Arbeiter nicht mehr aus der Hand des Sozialdemokraten Grzesinski, der wir wollen diesen „Revolutionshelden“ nochmal kurz im eigenen Licht erscheinen lassen. Trotzdem es ja erst vor einigen Tagen geschah, ist er jetzt immer wieder als ein weiniger, dem deutschen Michel wieder zweimal sagen zu müssen.

Dieser neue Polizeipräsident, der knallrote Sozialdemokrat und Pazifist Grzesinski, trat im November 1918, als Vorsitzender des Kasseler Arbeiter- und Soldatenrates folgende Bekanntmachung:

„Militär und Soldaten!“
Heute trifft der Generalmajor von Hindenburg mit Offizieren und Mannschaften des Großen Hauptquartiers in Kassel ein, um von Wilhelmshöhe aus die Demobilisation unserer Truppen zu leiten. Die Soldaten sind dem Hindenburg gehört dem deutschen Volk und dem deutschen Heere.

Er hat sein Heer zu glänzenden Siegen geführt und sein Volk in schwerer Stunde nicht verlassen. Seine Pflichterfüllung uns näher gestanden als heute. Seine Person steht unter unserem Schutz. Wir wissen daß die bürgerliche und soldatische Bevölkerung Kassel ihm nur Gutes und Wohlwollen entgegenbringen wird. Er hat sich für die Befreiung des deutschen Volkes eingesetzt und er wird es auch weiterhin tun. Man bedenke, November 1918, als jeder Denunziant und Stroh im Betrieb oder sonstwo plötzlich sein „rotes revolutionäres“ Herz entdeckt hatte, wo alles im „Sozialismus“ schwärmte, da jeder langjähriger Kämpfer für den Sozialismus gewesen sein wollte, natürlich nur im Herzen, in dieser Zeit der allgemeinen Bewegung aller „Pazifisten“, erwies sich der neue Berliner Polizeipräsident und Sozialdemokrat Grzesinski als ein Bauerntreuer und Stiefelknecht ersten Ranges!

Paul Lensch mag nicht solche krause Stimmungen aus seiner Ernennung; denn er stellt keine Provokation der Bourgeoisie dar. Es sei denn, daß es jetzt die Zeit für gekommen erachtet überhaupt den Anblick solcher Knechtstummeln zu sehen, die in der Hand der Bourgeoisie stehen, die nicht mehr erdigen zu mistigen, sondern die die Bourgeoisie selbst immer bedeutet sich eine herrschende Klasse des Verräters, ohne jedoch denselben irgend wie zu achten. Der Mohr hat seine Schamigkeit sein, er mag gehen.

Wir selbst können die Mischung darstellen, was schließlich auf die Wiederherstellung der Bauernforderungen wird. Alle können ja nicht offene Renegaten sein, es muß auch verschleierte Renegaten geben. Letztere sind sogar die gefährlichsten.

Die größten Lampen der Weltgeschichte sind die Sozialdemokraten.

Ob dieses auch einmal die SPD-Arbeiter erkennen werden und Schlussfolgerungen daraus ziehen?

Inzwischen hat auch der „freie“ Republikaner und Volksblockkandidat Wilhelm Marx dem Monarchisten und Rechts-

lichkeit und Adel waren zuzuhören, wenn sie durch verstärkte Ausbeutung der Bauern zu ihren Einnahmen gelangten.

Ein Ruf zur Tat...

So nennt Tom Mann seine Erwiderung an den „Seemann“, dem Organ der englischen Seemannsgewerkschaft, Amsterdamer Lokution. Der Artikel steht im Märzheft des „International Seafarer“. Wir geben ihn nach kurzen einleitenden Worten voll wieder: Die deutschen Gewerkschaften haben schon während der Inflation offiziell ihren Bankrott angedeutet, sie verneinen die Proletariat auf das politische Gebiet. Die Sozialdemokratie hat wie in der Nr. 24 der „KAZ“ zitiert wurde, ebenfalls den Bankrott ihrer Taktik durch den dauernden Fall des Reallohnes selbst öffentlich festgestellt.

Das Versagen der amerikanischen Fachgewerkschaften, ihr Verfall, wurde in Nr. 28 der „KAZ“ geschildert. In dem genannten englischen Artikel wird wiederum von den alten „Trade Unions“ ihre Ohnmacht, irgend etwas zu Verbesserung der eigenen Lage ihrer Mitglieder — hier die Seeleute — zu tun, mit dürren Worten festgestellt.

„Denn aus Gemeinheit ist der Mensch gemacht und die Gewohnheit nennt er seine Armut“, sagt Schiller im Wallenstein, Wahrlieh, nur eine Klasse, die Generationen lang durch Schicksal und Ueberarbeit entervt ist und durch eine Hierarchie von Seandoten des scheinrevolutionären Wortes hin und her gezerrt und dann wieder in Schlummer gehüllt ist, kann dies ohne zur Tat zu werden, sich nicht erheben lassen. — Geben wir jetzt Tom Mann das Wort:

Der „Seemann“, das offizielle Organ der Gewerkschaft der Nationalen Seeleute von Großbritannien und Irland, enthält in seiner Ausgabe vom 22. Februar einen Artikel: „Sind die Arbeiter in der Lage, sich zu erheben?“ Der Artikel ist in drei Teilen: „Sind die Arbeiter in der Lage, sich zu erheben?“ Der genannte Artikel bezieht sich auf einen Beitrag, den ich (Tom Mann) in „Worker“ Blatt der „Minderheitsbewegung“, vom 14. 2., veröffentlicht habe. Der Artikel richtet an meine Klasse von Fragen, welche eine Antwort erheischen. Eine Frage bezieht sich auf meine Bemerkung über den starken Verlust an Mitgliedern in den meisten Gewerkschaften, und ich werde gefragt: „Ob ich vergessen habe, was sich in den Jahren 1890—90 ereignete, als 100.000 von Proletariatsmitgliedern die Gewerkschaften eintraten, weil sie eine Gelegenheit sahen, ihre Löhne zu erhöhen. Sie verließen die Gewerkschaften wieder 1891, weil im Augenblick nichts mehr herauszuholen war? Und“ führt die Artikel fort: „Sind die Arbeiter in der Lage, sich zu erheben?“ Der Artikel enthält auch eine Tabelle, die den Zuwachs an Mitgliedern, welche 1913 wieder abschwammen, und es war nur dem Krieg zu verdanken, daß viele ihre Mitgliedschaft aufrecht erhielten, damit sie an den hohen Kriegslöhnen teilhaben konnten.“

Die Reaktionen akzeptieren den Kapitalismus: So überschreibt Tom Mann den nächsten Absatz. Ich erinnere alles dieses lebhaft. Ich weiß nach den Berichten, daß dieser Abfall sich in größerem oder kleinerem Maßstabe nach jedem Höhepunkt der „Seemann“ hat hinein: 1920 begann die große Krise, und damit das Sinken der Löhne und mit ihm das Sinken der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften. Will Herr Mann so verstanden werden, daß wir Kriegslöhne in Friedenszeit auch erhalten wollen, wenn dem so dann wird es, ist es deutlich zu machen, wie dies getan werden soll. — Natürlich wird er sagen durch „Solidarität“!

Wir fragen ihn, wie kann man „Solidarität“ herstellen, während 15 Millionen Männer ohne Arbeit sind? Nach diesen Fragen scheint es, als ob der „Seemann“ die gegenwärtige Lage als eine Folge der chaotischen Krise betrachtet. Dieser Sumpf dauert aber schon fünf Jahre. Es sind keine Anzeichen für eine baldige Änderung. Das Austreten der Mitglieder ist eine Folge der Arbeitslosigkeit, so verursacht macht „Solidarität“ unmöglich, und so kann einfach nichts getan werden.

Hier haben wir ein offenes Zugeständnis, wie die Sache von allen Seiten die kapitalistische System als die natürliche Ordnung der Dinge anerkennen, bis zur letzten Konsequenz als selbstverständlich hingenommen wird. Nicht nur soll alles unverändert bleiben, nein, auch die 1/4 Millionen Arbeiter, zu Hunger und Hungertode, die es verdammten, sollen diese „Ordnung“ kräftig verteidigen und für ihren Bestand sorgen.

Nachdem der Kapitalismus muß verschwinden!
— Das erste, was man sich klar machen muß, ist, daß die herrschende internationale Klasse, die die Welt beherrscht, die Arbeiterklasse ist, Folge der Verstopfung der Märkte, welche die den Verbrauch mit der Produktion nicht Schritt hält. Die haben, welche mit wachsender Häufigkeit sich einstellen, die Kapitalisten sind mehr als einhundert bedrückt, augenblickliche Krise, der augenblickliche Zusammenbruch unterscheidet sich scharf von allen anderen, die uns betroffen haben seit der ganzen Zeit der kapitalistischen Produktion. Sie ist ein gewaltiges Ereignis, welches die Arbeiter selbst das direkte Resultat der Erscheinung war, daß die kapitalistische Entwicklung in den Grenzen ihrer Ausdehnung angekommen war.

Die Kapitalisten haben eined Selbstbruch schütten bei dem Versuch ein System wieder zu errichten, das für die Bevölkerung Gelegenheit gibt, als Arbeiter ihren Platz auszufüllen, oder auch nur sich mit dem Nötigsten zum Leben zu versehen.

Der „Seemann“ fragt, wie kann man bei einem Heer von 1/4 Millionen Arbeitslosen auf „Solidarität“ rechnen? Meine Antwort ist, gerade die Tatsache solcher außerordentlich großen Zahl von Arbeitslosen sollte für uns die erste Aufgabe sein, Solidarität zu zeigen. Das Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit liegt eben nur in der Verkürzung der Arbeitszeit so daß alle Arbeitslosen aufgezogen werden. Schon vor Jahren habe ich (Tom Mann) in den Spalten des „Seemann“ für den Seemanns-Tag an Bord aller Schiffe plädiert. Dies an Stelle des 3-Wochenzyklus im Holzraum mit Wache um Wache an Deck, was einem 12-Stundentag für Matrosen und einem Achtstundentag für Heizer gleichkommt. Es wird wahrscheinlich gesagt, dies sei ein unpraktischer Vorschlag. Nach welchem Vorschlag hat der „Seemann“ gemacht? Verzeihen habe ich den „Seemann“ und alle anderen „Trade Union“-Blätter nach irgend einem Vorschlag, die Arbeitslosigkeit zu heilen, durchzugehen. Ja, nicht einen Vorschlag zu Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse habe ich bei diesen gefunden, die sich auf den Boden der kapitalistischen Wirtschaft stellen. Auch die Kapitalisten selbst, haben keinen Vorschlag; dies bezeugt die Antwort der Eisenbahngewerkschaften, die sich nur an den verdrummten Eisenbahngewerkschaften. Ebenso ist es mit den Maschinisten. Nach neun Monaten des Wartens und Herumklingens, seitdem die Organisation der Maschinisten ihre Bedingungen erntete, haben die Herren Arbeiter aber einen Vorschlag gemacht. Die Bergleute sind in einer ähnlichen Lage und den Transportarbeitern geht es nicht besser.

Es ist zum Erbarmen, mit anzusehen und qualvoll zu erdulden, wie die Mitglieder der Gewerkschaften von den Wogen der wirtschaftlichen Krise verunsichert werden; jener Krise, die aus Unternehmerrisiko und Unfähigkeit entstanden ist. Die Gewerkschaftsführer selbst sind hilflos und lassen sich treiben (einmal: langem) bis ich frage, warum sollen sich die Arbeiter erheben? Welchen Sinn, welchen Zweck haben die Gewerkschaften, wenn sie für ihre Mitglieder keinerlei Vorteile aus den sich beständig ändernden Arbeitsbedingungen sichern können?

Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben.

Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben.

Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben.

Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben.

Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben.

schon Kohlentransporten. Der mechnische Kohlenknecht macht den Hausr überflüssig, als Hausr, und den Transporter macht er unnötig, da man die Kohlenwagen an die Kohlenflöße heranbringt. Jetzt wird der Mann überflüssig, der die Pferde getrieben hat und der Ertrag, die Tagesförderung, hat sich verdoppelt, in vielfach verdreifacht; das Ergebnis: eine wachsende Anzahl arbeitsloser Bergleute. Die Zeichengewaltigen haben bei dieser Lage der Dinge die Frechheit, zu fordern: der Bergmann soll die Stebenstandsmacht ausüben und nicht Stunden arbeiten und so die schon jetzt unerschöpflichen Zustände weiter verschärfen.

Die Entwicklung der Technik wird oben Arbeiter auf Pilaster, ersetzt sie. Wie mit den Bergleuten, so geht es mit den Seeleuten. Die großen Lindendampfer, die früher eine Besatzung von fünf bis sechshundert Holzern und Trimmern führten, sind jetzt mit Oelfeuerung ausgerüstet. Fast von sechs der Feuerkräfte sind entlassen, aus der Arbeit geworfen und für ihr Leben von der Arbeit ausgeschlossen. Ist dem nicht so, frage ich den „Seemann“, und wenn dem so ist, was will er dagegen tun? Jetzt werden neuere Brennmotoren rasch die älteren Dampfmaschinen für die Fortbewegung der Schiffe ersetzen, diese machen mit den Dampfesseln auch die Kessel-schmelze überflüssig, auch sie werden als Delikte auf den Drehschrauben geworfen. Kein Heizer ist nötig, nur ein paar Mann, die die Ventile bedienen, die die Oelflut kontrollieren. Das übrige machen die Pumpen. — Die Trimmer sind überflüssig, keine Kohle wird gebraucht und der ersparte Raum des Dampfers wird für Ladung frei, ebenso der Platz, wo früher die Kessel für die Oelfeuerung standen, es keine schlotternden Kiekräftiger Widerstand tut not.

Is es unter solchen Umständen nicht die einzige vernünftige Vorschlag für die Gewerkschaften, sofort zusammenzutreten, inaktive Arbeiter und Arbeiter zu beschäftigen? Kann man es irgendwie rechtfertigen, sich zu beliben und darauf zu warten, daß sich irgend etwas ereignen möchte? Eignerischer Widerstand ist erforderlich im Interesse der Millionen, deren Lage eine Schande für alle davon Betroffenen ist. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben, daß zur Tat geschritten wird. Nicht, indem man sich die Vorschläge der Unternehmer zu eigen macht, nicht, indem man sich nach Sektoren einspielt und den blödsinnigen Kasten-entzerrung der Arbeiter. Ein Drittel Prozent in den Gewerkschaften, nur ein Verband für die Industrie, ein Schiffsbauwesen und Betriebsorganisationen gebildet, wachsende Kontrolle der Produktion und der Erzeugnisse und geraden Weges für den Sturz des Kapitalismus und für die Kontrolle der Produktion auf der Basis des Bedarfs und nicht für den Profit.

So weit Tom Mann, man kann das Bild ergänzen durch Meldungen der englischen Presse, die besagen, daß die Konferenz der Bergleute resultatlos auseinandergeschieden ist. Die Eisenbahner stehen ratlos da. Die Unternehmer zeigen überall die kalte Schulter. Der englische Bergbau ist eingezogen durch die Konkurrenz der amerikanischen Technik auf der einen Seite, die noch dazu von höherer Schürfung getragen wird, und der Konkurrenz der deutschen Kullöhne auf der anderen Seite. Der untere Lebensstandard der Welt zeigt sich in der Konkurrenz der Arbeiter, die Spindeln von Lancashire werden stillgesetzt und auf den Versuch, einen geschlossenen Handelsstaat zu bilden, antwortet schon die Sozialistische Presse mit der Frage, ob es tröstlicher für den englischen Arbeiter sei, daß er nicht von einem schlesischen Arbeiter, sondern von einem indischen Landsmann aus der Arbeit verdrängt worden ist.

Die englische Arbeiterschaft ist gezwungen, an den Wurzeln des dreimal getheilten Profits zu rütteln. Wirtschaftlich gesehen ist die Situation in England genau so reif für die Revolution als hier in Deutschland, aber für Tom Mann und für Tat gelten die Sätze, die Paul Levi zu der Kritik von Rosa Luxemburg an der russischen Revolution schrieb. Sie lauten dem Sinne nach:

„Nicht der Wortlaut, sondern die geschichtliche Situation, in der sie erhoben, geben einer Forderung ihren revolutionären Wert.“

Wer gegen das preussische Wahlrecht 1912 Massen-demonstrationen und Streiks forderte, war revolutionär gegen den Speifer, der damals etwa Arbeiter und Soldaten verlor, lang hätte. Und in diesem Sinne begrüßen auch wir den Aufruf zur Tat, trotz seines reformistischen Charakters.

Was auf, Verdammte dieser Erde.

Der sozialdemokratische Parteivorstand des Wahlkreises Ost-Sachsen (Dresden-Bautzen) hat nach einer Meldung der sächsischen Blätter den Ministerpräsidenten Heide, den Landtagspräsidenten Winkler, die beiden Landtagsabgeordneten Betke und Casian, sowie noch einige andere Reichssozialisten mit 27:1 Stimme aus der Partei ausgeschlossen.

Schon lange wogt der Kampf zwischen den Rechts- und Linksozialisten in Sachsen hin und her; der rechtssozialistische Ministerpräsident Heide, der treu an der bestehenden Koalition festhält, ist den Radikalen vor allem ein Dorn im Auge. Da sie ihn nicht bewegen konnten, radikale Politik zu treiben, haben sie jetzt zu einem Gewaltstreik ausgehört und ihn und die wichtigsten Reichssozialisten aus der Partei ausgeschlossen. Es ist ein gewaltiges Ereignis, welches selbst das direkte Resultat der Erscheinung war, daß die kapitalistische Entwicklung in den Grenzen ihrer Ausdehnung angekommen war.

Die Kapitalisten haben eined Selbstbruch schütten bei dem Versuch ein System wieder zu errichten, das für die Bevölkerung Gelegenheit gibt, als Arbeiter ihren Platz auszufüllen, oder auch nur sich mit dem Nötigsten zum Leben zu versehen.

Der „Seemann“ fragt, wie kann man bei einem Heer von 1/4 Millionen Arbeitslosen auf „Solidarität“ rechnen? Meine Antwort ist, gerade die Tatsache solcher außerordentlich großen Zahl von Arbeitslosen sollte für uns die erste Aufgabe sein, Solidarität zu zeigen. Das Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit liegt eben nur in der Verkürzung der Arbeitszeit so daß alle Arbeitslosen aufgezogen werden. Schon vor Jahren habe ich (Tom Mann) in den Spalten des „Seemann“ für den Seemanns-Tag an Bord aller Schiffe plädiert. Dies an Stelle des 3-Wochenzyklus im Holzraum mit Wache um Wache an Deck, was einem 12-Stundentag für Matrosen und einem Achtstundentag für Heizer gleichkommt. Es wird wahrscheinlich gesagt, dies sei ein unpraktischer Vorschlag. Nach welchem Vorschlag hat der „Seemann“ gemacht? Verzeihen habe ich den „Seemann“ und alle anderen „Trade Union“-Blätter nach irgend einem Vorschlag, die Arbeitslosigkeit zu heilen, durchzugehen. Ja, nicht einen Vorschlag zu Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse habe ich bei diesen gefunden, die sich auf den Boden der kapitalistischen Wirtschaft stellen. Auch die Kapitalisten selbst, haben keinen Vorschlag; dies bezeugt die Antwort der Eisenbahngewerkschaften, die sich nur an den verdrummten Eisenbahngewerkschaften. Ebenso ist es mit den Maschinisten. Nach neun Monaten des Wartens und Herumklingens, seitdem die Organisation der Maschinisten ihre Bedingungen erntete, haben die Herren Arbeiter aber einen Vorschlag gemacht. Die Bergleute sind in einer ähnlichen Lage und den Transportarbeitern geht es nicht besser.

Es ist zum Erbarmen, mit anzusehen und qualvoll zu erdulden, wie die Mitglieder der Gewerkschaften von den Wogen der wirtschaftlichen Krise verunsichert werden; jener Krise, die aus Unternehmerrisiko und Unfähigkeit entstanden ist. Die Gewerkschaftsführer selbst sind hilflos und lassen sich treiben (einmal: langem) bis ich frage, warum sollen sich die Arbeiter erheben? Welchen Sinn, welchen Zweck haben die Gewerkschaften, wenn sie für ihre Mitglieder keinerlei Vorteile aus den sich beständig ändernden Arbeitsbedingungen sichern können?

Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben.

Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben.

Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben.

Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu erheben.

